

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden.
Hauptredaktion: 25241.
Nur für Nachdruck: 20011.

Besuchs-Gebühr vierteljährlich in Dresden bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 3,25 M., in den Vororten 3,50 M. Bei einmaliger Zutragung durch die Post 3,75 M. (ohne Bestellgeld).
Anzeigen-Gebühr. Die einseitige Zeile (etwa 8 Silben) 25 Pf. Vorgesetzte und Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen laut Tarif. — Zusätzliche Kostlöse nur gegen Vorauszahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Neppich & Reichardt in Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schiffschilde werden nicht aufgebracht.

Rundgebung des Kaisers an das deutsche Volk.

Die Note der belgischen Regierung an Wilson. — Erfolgreicher Luftangriff auf einen italienischen Flugflügel. — Versenkung eines russischen Transportdampfers. — Die Gewinne der neutralen Meeres. — Die Zwangslage der griechischen Regierung.

Rundgebung des Kaisers.

Berlin. (Mittl.) Großes Hauptquartier, 12. Januar. An das deutsche Volk! Unsere Feinde haben die Waage fallen lassen. Erst haben sie mit Dohn und heuchlerischen Worten von Freiheitstübe und Menschlichkeit unter ehelichen Friedensangebot zurückgewiesen; in ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich jetzt darüber hinaus zu Eroberungsjucht betannt, deren Schändlichkeit durch ihre verleumderische Begründung noch gesteigert wird. Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Herabsetzung der mit uns verbündeten Mächte und die Annullierung der Freiheit Europas und der Meere, unter das selbe Joch, das zähnelnd ist Griechenland trägt. Aber was sie in dreißig Monaten blutigen Kampfes und gemissentlosten Wirtschaftskrieges nicht erreichen konnten, das werden sie auch in aller Zukunft nicht vollbringen. Unsere glorreichen Siege und die ehrene Willenskraft, mit der unser kämpfendes Volk vor dem Feind und dahem jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen, bürgen dafür, daß unser geliebtes Vaterland auch fernherhin nichts zu fürchten hat. Hoffkämpfende Entrüstung und heiliger Zorn werden jeden deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln, alsdenn, ob sie dem Kampf der Arbeit oder opferbereitem Tode geweiht ist. Der Gott, der diesen herrlichen Geist der Arbeit in unsern tapferen Völkern hervorgebracht, wird uns und unsern treuen Harneprobten Verbündeten auch den vollen Sieg über alle feindliche Mächte und Verleumdungswort geben. (Wilhelm I. R. (M. T. B.))

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 12. Januar abends. (Mittl.) (M. T. B.) Nordlich der Aukre sind Kämpfe im Gange.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien. (Mittl.) wird verlautbart den 12. Januar. Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Wundungswinkel des Serch nehmen die Kämpfe einen günstigen Verlauf.

Am Südsüdel der Serchfront des Generalobersten Erich von Scholtz waren Oesterreichisch-ungarische und deutsche Bataillone des Generalmajors Goldbach südlich der Oltos-Strasse den Feind in raichem Ankurm aus mehreren hintereinander liegenden Höhenstellungen. Der Kampf kostete den Russen anher schweren blutigen Verlusten 5 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer, die nebt einem Offizier und 80 Mann in unserer Hand blieben. Russische Gegenstöße verliefen wie an den Vorlagen ergebnislos.

Somit bei den f. u. f. Streitkräften an der Ostfront nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Richts zu melden. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Söfer, Feldmarschall-Lieutenant.

Ereignisse zur See.

Ein Geschwader von Seeflugzeugen hat in der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. das feindliche Abwehrfluggelb bei Helina, welches seit der Bekörnung durch unsere Flieger bei den Angriffen am 14. November und 6. Dezember v. J. wieder aufgebaut worden ist, sehr erfolgreich mit Bomben belegt. An den neu errichteten Hangars wurden mehrere Volltreffer erzielt. (M. T. B.)

Flottenkommando.

Die Kardinalfrage der Friedensverhandlungen.

Die deutsche Regierung hat an die Neutralen eine Note verichtet, in der die Verleumdungen der Antwortnote des Verbandes auf das deutsche Friedensangebot zurückgewiesen werden. Noch einmal wird den Neutralen die ganze verprecherische Politik des Verbandes vor dem Kriege und während des Krieges vor Augen geführt und insbesondere der Nachweis erbracht, wie wenig sich die Verbündeten um das wiederholte Nationalitätenproblem gekümmert haben, wie sie heute im Falle Griechenlands und früher in zahlreichen anderen Fällen ohne das geringste Bedenken über kleine Nationen hinweggeschritten sind, wie sie die elementarsten Grundzüge des Völkerrechts rücksichtslos mit Füßen getreten haben, wenn sie sich davon eine Förderung ihrer selbstsüchtigen Pläne versprechen konnten. Ungleich wird darauf hingewiesen, daß Belgien durch eigene Schuld in den Krieg hineingezogen worden

ist, daß es insbesondere nicht angeht, gegen Deutschland einen Stein aufzuheben, weil es ein Völkerrecht durch Belgien beansprucht hat, nachdem England selbst der deutschen Regierung zu einem früheren Zeitpunkt ein solches Recht zugestanden hatte. Damit ist die Galtlosigkeit der Klagen über das arme Belgien aufs neue dargetan und aufs neue bewiesen, wie heuchlerisch und verlogen die Behauptung der englischen Staatsmänner ist, wonach die Verletzung der belgischen Neutralität England zur Teilnahme am Kriege gezwungen habe. Wir wissen heute außerdem, daß Deutschland auch ohne das englische Zugeständnis vom Jahre 1887 ein wohlverbrichtes Recht darauf hatte, den Durchmarsch durch Belgien zu verlangen. Ein „Unrecht“ ist also am 1. August 1914 nicht ardehen; die Verantwortung für das Schicksal Belgiens fällt, wie in der deutschen Note an die Neutralen gelangt ist, auf die belgische Regierung und auf die Mächte, die sie zu ihrer unneutralen Haltung verführt haben. Wir begrüßen diese Feststellung der deutschen Regierung, weil sich aus ihr in logischer Konsequenz ergibt, daß wir Belgien gegenüber, weil ihm eben kein Unrecht ardehen ist, auch keine gut zuzumachen haben. Wir haben vielmehr in der belgischen Frage bei den künftigen Friedensverhandlungen genau so freie Hand wie in irgendeiner anderen, und haben deshalb lediglich die Pflicht, sie so zu lösen, wie es die deutschen Belange erfordern.

Es ist nicht unwichtig, das zu betonen, denn wenn auch nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes die Friedensfrage fürs erste offiziell erledigt zu sein scheint, so regen sich doch immer wieder Stimmen, die auf eine Wiederanulassung der Frage mit Amerika hindeuten. Veranlassung hierzu bietet in erster Linie die Rede, die der amerikanische Botschafter Gerard bei dem Besuche in Berlin gehalten hat, das die deutsch-amerikanische Handelskommission (H. u. G. H.) in Berlin veranstaltet hat. Herr Gerard hat da beinahe ausschließlich den Ton ausgegeben, die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten seien seit der Begründung des Reiches nie besser gewesen als heute. An dieser Feststellung ist in der deutschen Presse bittere Kritik geübt worden. An der Tat ist es für den reinen Menschenverstand nicht leicht zu begreifen, wie gerade heute, wo sich über Tausende und aber Tausende von Deutschen der Nagel amerikanischer Geschosse aus englischen und französischen Geschützen ergießt, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in besonders vortrefflich sein sollen. So gerne wir uns dieser guten Beziehungen freuen würden — die amerikanische Auffassung vom Völkern wahrer Neutralität hindert uns daran, die oft feingehaltene englisch-amerikanische Interessengemeinschaft hindert uns auch daran, zu glauben, daß wir, wie der „Berl. Volk-Anz.“ neulich erklärte, „durch dieses Nachgeben im rechten Augenblick unsern Erfolg sichern könnten“. Die Phrase vom Unica Nachgeben im rechten Augenblick haben wir vor dem Kriege recht oft zu hören bekommen, nämlich immer dann, wenn sich die einen einen greifbaren Erfolg ertrauen, wir aber „gute Beziehungen“ gewonnen, den Grund für spätere Freundschaften gelegt“ oder gar „Interessengemeinschaften“ erndet hatten. Worin der letzte Erfolg gegenüber Amerika bestehen soll, ist nicht schwer zu erkennen. Der „Volk-Anz.“ hofft wohl auf die guten Dienste der Vereinigten Staaten bei den Friedensverhandlungen. Einen Beweis dafür mag man erkennen in einer Meldung der Kopenhagener „Politiken“ aus Kemont, in der es unter anderem heißt, der amerikanische Botschafter habe nach Washington berichtet, Deutschland verlaße sich darauf, daß Wilson seine Friedensbestrebungen nicht aufgeben, so lange noch ein Punkt einer Möglichkeit zur Anbahnung des Friedens vorhanden sei. Gerard will diesen Eindruck aus einer Unterredung bekommen haben, die er am 1. Januar mit dem Reichsanwalt gehabt hat. Auch wird in dem genannten Blatte, trotz der wiederholten Fements in der deutschen Presse, die Behauptung wiederholt, daß Gerard die aktuelen Friedensbedingungen der Mittelmächte Wilson mitteilt habe und dieser vollkommen damit zufrieden sei. Was von dieser Meldung zutrifft, läßt sich natürlich nicht sagen. Wir halten es aber von vornherein für ausgeschlossen, daß der deutsche Reichsanwalt erklärt habe, Deutschland verlaße sich ganz auf Wilsons Friedensbestrebungen. Das hat Deutschland nicht nötig. Deutschland ist stark genug, sich seinen deutschen Frieden zu sichern. Das geht aus dem Kaiserlichen Arme- und Flottenbefehl, das acht auch aus zahlreichen Kundgebungen, die aus der Mitte des Volkes heraus erfolgten, mit aller Deutlichkeit hervor. Sei dem aber, wie ihm wolle, im Hinblick auf die Ausführungen des „Berl. Volk-Anz.“ und andere Stimmen, vor allem im Hinblick auf die erwähnte Bemerkung des amerikanischen Botschafters bei dem Verlassen der deutsch-amerikanischen Handelskammer kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von manchen Seiten auch heute noch Wilsons Friedensvermittlung für möglich, ja für erwünscht gehalten wird, daß gerade diese Friedensvermittlung der „Erfolg“ ist, den wir nach dem „Volk-Anz.“ durch dieses Nachgeben im richtigen Augenblick“ erreicht haben.

Um diesen sogenannten „Erfolg“, wenn er wirklich erlangen worden ist, recht zu bewerten, haben wir uns die Frage vorzulegen, wie sich die Vereinigten Staaten, insbesondere der Präsident, zu der Haupt- und Kardinalfrage, die bei den Friedensverhandlungen gelöst werden muß, nämlich zu Belgien, stellt. Die Frage ist durch eine ganze Anzahl von Reden Wilsons schon beantwortet. Der Präsident hat niemals ein Dehl daraus gemacht, daß er die Wiederherstellung Belgiens wünscht, ja, es ist wohl nicht anzul behaupten, wenn man sagt, daß seine ganze Politik während des Krieges auf die Förderung des Sieges unserer Feinde angelegt gewesen ist. Er glaubt hiermit den amerikanischen Interessen am besten zu dienen, und das amerikanische Volk hat diese Politik am Wahltag bestätigt. Demgegenüber kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, wie übertragende Bedeutung gerade Belgien für

die künftige Weltstellung Deutschlands besitzt. Ueber den Wert der flandrischen Küste als Sicherungsmittel gegen eine künftige Bedrohung Deutschlands durch die englische Seemacht braucht kein Wort mehr verloren zu werden. Flanderns Küste bildet die logische und notwendige Ergänzung des Ristgedankens, der für unsere Flottenpolitik seit den Anfängen von Tirpitz bestimmend gewesen ist und der sich heute in vollem Umfange als richtig erwiesen hat. Daß Flandern, wenn es nicht deutsch bleibt, englisch wird, daß Belgien, wenn es nicht in irgendeiner Form dem Deutschen Reiche angegliedert ist, unter die englische Gewalt kommt, ist klar und wird auch von der englischen Presse, ziemlich unverhüllt zugegeben. England hat noch nichts von seinem Einfluß in Belgien zu sichern gesucht und in heute, wie der militärische Mitarbeiter der „Ball Mail Gazette“ hervorhebt, dazu mehr als je berechtigt. „Antwerpen“, so schreibt das Blatt, „ist der gezielte Platz für einen riesigen Flottenstützpunkt“ — und das, trotzdem die Zedebemündung beinahe ausschließlich niederländischer Besitz ist! Abgesehen von diesen militärischen Gesichtspunkten finden wir in Flandern am ehesten die Werte, die uns für die ungeheuren Kosten dieses Krieges entschädigen können. Wir müssen auf einer Kriegsentwicklungsstufe stehen, Staatssekretär Scliffen hat das als notwendig bezeichnet schon zu einer Zeit, wo man noch nicht absehen konnte, welche Anforderungen dieser Krieg an das deutsche Volkvermögen stellen wird. Heute wird von der Konstitution von einem Viertel bis zu einem Drittel des Vermögensbestandes gesprochen. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Czeret hat die Forderung aufgestellt. Er ist aber wohl nicht darüber klar gewesen, daß, wenn die Kriegskosten nur auf diese Weise gedeckt werden sollten, unsere ganze Volkswirtschaft gewissermaßen in die Luft flöge. Der davon am empfindlichsten betroffen würde, das ist der deutsche Arbeiter. Er würde, nach einem Worte Scheidemanns, am tiefsten unter den Trümmern der deutschen Volkswirtschaft begraben sein. Auf den Ernst dieser Frage muß immer wieder hingewiesen werden. Es gibt dafür keine andere Lösung, als die, daß sich das Reich in den eroberten Gebieten wenigstens entgeltlichen Ertrag schafft für die ungeheuren Kosten, die dieses uns aufgezwungene Krieg über Deutschland gebracht hat. Das ist eine Lebensfrage für unser Volk schlechthin. Auf diese Lebensfrage nimmt kein Neutraler Rücksicht, am allerwenigsten Wilson. Sie muß und sie kann nur von Deutschland selbst gelöst werden. Ihre Lösung bedingt auch keineswegs eine „Verwacklung“ Belgiens und läßt der Bevölkerung dort durchaus die Möglichkeit, an der Verwirklichung seiner besonderen Kulturansprüche, von denen am Schluß der deutschen Note die Rede ist, zu arbeiten.

h. An der Wiener Note wird ausdrücklich gesagt, daß eine Abschrift auch dem Vertreter des Heligen Stuhles übergeben worden ist. In der deutschen Note fehlt diese Bemerkung. Das erklärt sich daraus, daß der Helige Stuhl in Berlin keine diplomatische Vertretung hat. Es besteht aber, der „B. Z.“ zufolge, die bestimmte Absicht, eine Abschrift der Note durch den preussischen Gesandten am Vatikan v. Wühlberg, der jetzt in der Schweiz seinen Wohnsitz hat, auch dem Papst übermitteln zu lassen.

Die Viererbandnote an Wilson.

Von der in der feindlichen Presse schon seit Wochen ein großes Weien gemacht worden ist, liegt nun im Wortlaut vor und macht nicht gerade den Eindruck eines großen staatsmännischen Wurfes. Herr Briand, der in auch die Redaktion der Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte unternommen hat, hat sich, wie es schonen will, ausgeföhren und weiß im Grunde Herrn Wilson nichts anderes zu erwidern, als was er schon zur Begründung der Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte gesagt hat. Der Verband hält es für ausgeschlossen, bereits heute einen Frieden zu schließen, welcher ihm die Wiedererwartungen, Rückstellungen und Bürgerhalten sichert, auf welche er ein Recht zu haben glaubt. Er hält noch immer an der Theorie fest, daß die Mittelmächte angefangen hätten und also bestraft werden müßten. Er muß daran festhalten, die feindlichen Regierungen zu lassen sich auf diese Frage klammern, wie der Ersttunde an einen Strohhalm, sie würden sonst den letzten Halt verlieren — nicht nur bei den Neutralen, sondern vor allen Dingen bei ihrem eigenen Volke. Gerade weil sie sich schuldig fühlen, weil sie werten, wie sich das unehere Verbrechen, mit dem sie sich beledt haben, zu rächen beabsichtigen, rufen sie immer und immer wieder nach der Befreiung der Mittelmächte und verwahren sich dagegen, mit ihnen „gleichschalt“ zu werden. Wir brauchen uns dagegen nicht zu wehren, weil wir ein reines Gewissen haben und uns deshalb unseren Gegnern von vornherein als moralisch überlegen fühlen. Das peinigende Gefühl des moralischen Mantos, der inneren Galtlosigkeit, die unsere Feinde vor der Welt und ihren eigenen Völkern zu verbürgen haben, treibt sie immer und immer wieder dazu, längst widerlegte Klagen vorzubringen, um daraus eine Schuld der Mittelmächte zu konstruieren. Daher all die wieder aufgewärmten Greuelgeschichten aus Belgien, Serbien und Armenien, daher das Geschrei über Cavell und Arnott, die beide nach Recht und Gerechtigkeit gerichtet worden sind. Es erübrigt sich, zu allem Stellung zu nehmen. Die Fälle sind längst attemmäßig Hargeheit und keinem Staatsanwalt der Welt würde es gelingen, daraus eine Schuld oder gar ein Verbrechen Deutschlands herzuleiten.